Deutscher Bundestag **Drucksache 14/5267**

14. Wahlperiode 14. 02. 2001

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Birgit Homburger, Walter Hirche, Marita Sehn, Ulrike Flach, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Jörg van Essen, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Dr. Karlheinz Guttmacher, Klaus Haupt, Dr. Helmut Haussmann, Ulrich Heinrich, Ulrich Irmer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Gerhard Schüßler, Dr. Dieter Thomae, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

zu der Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Kurt-Dieter Grill, Dr. Klaus W. Lippold (Offenburg), Peter Altmeier, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksachen 14/1365, 14/5162 –

Zukunft der friedlichen Nutzung der Kernenergie – Zukunft der Entsorgung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Vereinbarung mit den Betreibern kerntechnischer Anlagen, die friedliche Nutzung der Kernenergie in Deutschland zu beenden, ist abgesehen von schwerwiegenden rechtlichen Bedenken mit Blick auf den Klimaschutz fragwürdig sowie in ihren Auswirkungen auf die technologische Entwicklung und die Sicherheit kerntechnischer Anlagen bedenklich. Dies betrifft zum einen den drohenden Verlust der Vorreiterrolle Deutschlands im Bereich der nuklearen Sicherheitsvorsorge, insbesondere in der Anlagentechnik. Beschädigt wird ferner die Qualität Deutschands als Standort für Forschung, Wissenschaft und Technik im Bereich der Entwicklung, Nutzung und des Exports nukleartechnischer Anlagen. Deutschland büßt überdies seine Kompetenz als internationaler Gesprächspartner und Impulsgeber für die Weiterentwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie ein. Jenseits dessen gefährden die von verschiedenen Seiten angekündigten Proteste gegen die anstehenden Transporte radioaktiver Abfälle in das Endlager Gorleben die innere Sicherheit und werden erhebliche öffentliche Ausgaben verursachen. Ein schlüssiges und glaubwürdiges Konzept zur Endlagerung ist deshalb unverzichtbar.

Die Bundesregierung erweckt mit dem von ihr verfügten Moratorium der Erkundungsarbeiten am Endlagerprojekt Gorleben jedoch Zweifel an der Eignung des Salzstocks als Endlager für radioaktiven Abfall, obwohl Wissenschaftler der Internationalen Expertengruppe Gorleben erst jüngst wieder bestätigt haben, dass keine wissenschaftlich fundierten Gründe erkennbar sind,

die einer Eignung von Gorleben als Endlager für radioaktive Abfälle entgegenstehen. Statt Atommüll unterirdisch und sicher an den sorgfältig dafür ausgewählten Stellen zu lagern, erzwingt die Bundesregierung oberirdische Provisorien ohne Rücksicht auf riskante Langfristfolgen. Um politisch missliebige Transporte hinauszuzögern, hat der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überdies verfügt, Abklingbecken betroffener kerntechnischer Anlagen vorübergehend als Zwischenlager anzuerkennen. Eine solche Auslegung atomrechtlicher Vorgaben ist fragwürdig und unverantwortlich, zumal die Gegebenheiten nach der bisherigen Praxis zum Erlöschen der betreffenden Betriebserlaubnis geführt hätten.

Zur Verunsicherung der Bevölkerung und damit zur emotionalen Motivation von Demonstrationen tragen politisch widersprüchliche Äußerungen bei: Während die designierte Vorsitzende der GRÜNEN, Claudia Roth, sich für die Teilnahme an Protestveranstaltungen und für friedliche Blockaden der Transporte ausspricht, billigt der Parteirat der GRÜNEN Demonstrationen, bittet aber zugleich, auf Transportblockaden zu verzichten. Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit erklärt demgegenüber sein Einverständnis weder für Kundgebungen noch für Blockaden: Proteste seien sinnlos, weil die Transporte Bestandteil des so genannten Atomkonsenses und insoweit erforderlich seien. Unterdessen äußert der Bundesgeschäftsführer der GRÜNEN „alle Sympathie“ für Demonstrationen gegen ein Endlager Gorleben.

Diese widersprüchlichen Äußerungen verdeutlichen das heillose Durcheinander innerhalb der GRÜNEN sowie Zerrissenheit und Orientierungslosigkeit der Bundesregierung. Von daher verwundert es nicht, dass die Bundesregierung noch immer nicht über ein schlüssiges Endlagerkonzept für radioaktive Abfälle verfügt. Die Zustände sind unhaltbar: Obwohl Endlagerstätten existieren, deren Eignung und Sicherheit von wissenschaftlich seriöser Seite nicht mehr bestritten wird und bereits Milliardenbeträge in die Endlagerprojekte Schacht Konrad und Gorleben investiert wurden, erzwingt die Bundesregierung die Erkundung alternativer Standorte und die Verschleuderung weiterer Mittel.

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

– die auf internationaler Ebene bestehenden Vereinbarungen zur Rücknahme strahlenden Materials aus der Wiederaufarbeitung bzw. zum Transport strahlenden Materials in die Wiederaufarbeitung einzuhalten,

– für eine reibungslose und friedliche Durchführung der anstehenden Transporte Sorge zu tragen und

– dem Deutschen Bundestag unverzüglich ein schlüssiges Konzept zur Endlagerung radioaktiven Abfalls vorzulegen.

Berlin, den 13. Februar 2001

Birgit Homburger
Walter Hirche
Marita Sehn
Ulrike Flach
Hildebrecht Braun (Augsburg)
Rainer Brüderle
Jörg van Essen
Paul K. Friedhoff
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Dr. Karlheinz Guttmacher
Klaus Haupt
Dr. Helmut Haussmann
Ulrich Heinrich
Ulrich Irmer
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Gerhard Schüßler
Dr. Dieter Thomae
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333